

Zeitschrift:	Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber:	Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band:	67 (1988)
Heft:	11
 Artikel:	Vorstellungen der schweizerischen Aussenpolitik : Friedenspolitik als ethisches Ziel
Autor:	Felber, René
DOI:	https://doi.org/10.5169/seals-340644

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

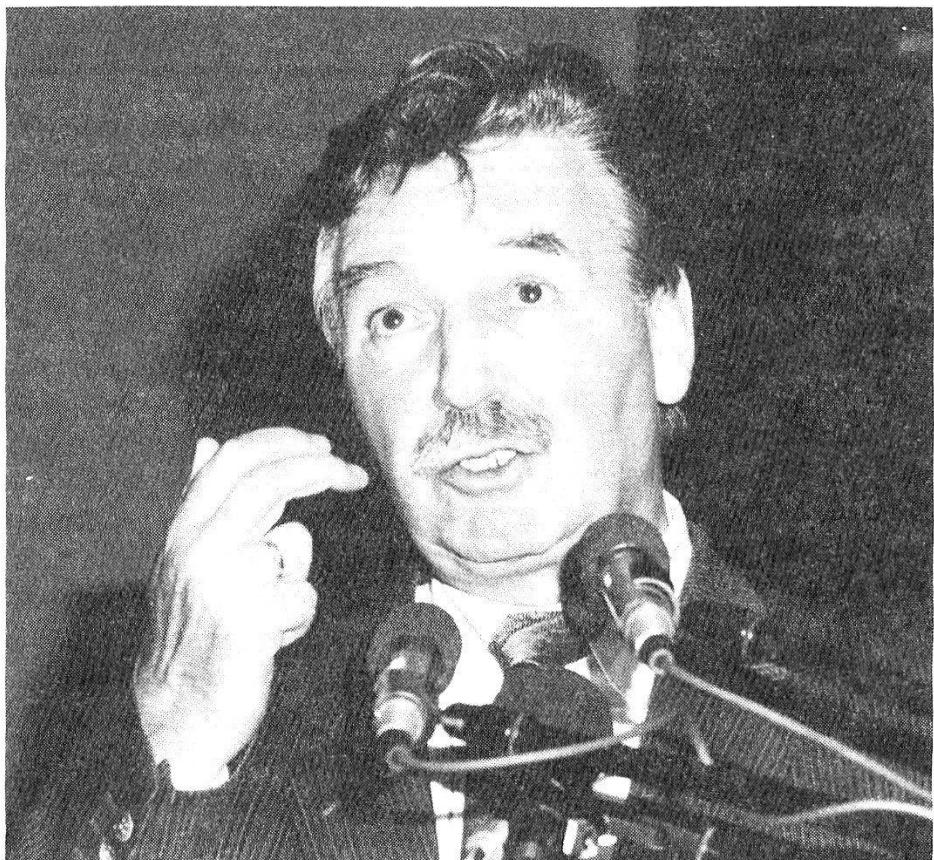
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Friedenspolitik als ethisches Ziel

Rede von Bundesrat René Felber am SPS-Parteitag in Zürich



Bundesrat Felber bei seiner Rede am Parteitag Foto: Keystone

Liebe Genossinnen und Genossen

Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz kann heute – und dies mit Stolz – auf eine 100jährige Vergangenheit zurückblicken. Wir haben in diesen 100 Jahren viel gekämpft, aber auch vieles zur heutigen Gestaltung unseres Staates beigetragen. Dies heisst aber nicht, dass wir nun unsere Aufgabe erfüllt haben und uns zur Ruhe setzen können. Unser Blick muss auf die Zukunft und auf die immer neu auftretenden Herausforderungen gerichtet bleiben. In diesem Geist möchte ich Euch ganz herzlich danken für Eure Einladung und die Gelegenheit benutzen, Euch einige meiner Ziele und

Vorstellungen der schweizerischen Aussenpolitik darzustellen.

Aussenpolitik als Lernprozess

Die Aussenpolitik ist eine Verlängerung der Innenpolitik. Dies bedeutet jedoch nicht, dass wir unsere Beziehungen zum Ausland auf eine blosse Projektion unserer Selbstzufriedenheit reduzieren sollen. Wenn ich von einer Projektion unserer Werte nach aussen spreche, muss ich gleichzeitig auch darauf hinweisen, dass die Aussenpolitik auch ein permanenter Lernprozess dessen ist, was die anderen uns zu geben und vorzuschlagen haben. Unsere Aussenpolitik soll kei-

ne Einbahnstrasse sein. Gegen seitiges Verständnis und Toleranz sind Grundvoraussetzungen für harmonische Beziehungen zum Ausland und in allen Bereichen des menschlichen Zusammenlebens von zentraler Bedeutung.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich weiss, es ist eine Binsenwahrheit, dass die meisten grossen Probleme unserer Zeit ohne internationale Zusammenarbeit nicht zu lösen sind. Ich möchte aber trotzdem noch einmal betonen, dass das Elend der Dritten Welt und die daraus resultierende Flüchtlingsproblematik, die grenz überschreitende Umweltverschmutzung oder die Aufrüstung Themen sind, für welche nur die internationale Gemeinschaft eine Lösung finden kann. Diese internationalen Probleme werden auch auf die innenpolitische Debatte einen immer stärker werdenden Einfluss ausüben, und damit wird auch die Rolle der Aussenpolitik an Bedeutung gewinnen. Es sind Konsequenzen aus der gegenseitigen Abhängigkeit zu ziehen und die Aufgaben und Chancen unseres Landes im «Konzert» der Nationen zu analysieren. Wir müssen dringend eine neue, aktivere Aussenpolitik wagen. Es geht aber nicht darum, unsere aussenpolitischen Maximen – Neutralität, Solidarität, Disponibilität und Universalität – aufzugeben, sondern unsere traditionellen Wertvorstellungen im Geiste der Öffnung auszulegen und zu überdenken. Diese Öffnung ist aber nur dann denkbar, wenn sie sich auf die Zustimmung breiter Be-

völkerungsschichten stützen kann, das heisst auf einen starken sozialen Konsens. Dieser Konsens ist erreichbar unter der Voraussetzung, dass Solidarität, Toleranz, Rücksicht auf Minderheiten und Grosszügigkeit unsere Gesellschaft prägen. Mit anderen Worten: Ohne inneren Zusammenhalt kann es keine glaubwürdige Aussenpolitik geben. Es handelt sich sozusagen um die innere Dimension unseres Handelns nach aussen. Eine von der innenpolitischen Wirklichkeit losgelöste Aussenpolitik ist zum Scheitern verurteilt.

Sicherheitspolitik ist nicht Landesverteidigung

Ich weiss, dass solch schöne Absichtserklärungen die Gefahr in sich bergen, leere Worte zu bleiben. Ich möchte deshalb diese allgemeinen Zielvorstellungen etwas konkretisieren. Ein erstes, wichtiges Anliegen unserer Aussenpolitik ist nach wie vor die Friedens- und Sicherheitspolitik. Unser Beitrag zur Friedens- und Sicherheitspolitik in der ganzen Welt entspricht unseren ethischen Zielen, garantiert aber auch in unserem Land die Sicherheit und weitere Entwicklungsmöglichkeiten. Es gibt kein Rezept, das uns den von Kant erstrebten ewigen Frieden garantieren kann, aber wir wissen, dass Sicherheit, Gerechtigkeit und Solidarität die wichtigsten Voraussetzungen für ein menschenwürdiges Zusammenleben sind. Ich kann versichern, dass auch die Schweiz als Kleinstaat zahlreiche Möglichkeiten hat, einen Beitrag zu diesem Ziel zu leisten. Im Vordergrund stehen friedenserhaltende Massnahmen auf der ganzen Welt, die Menschenrechtspolitik, die Entwicklungshilfe sowie die internationale Zusammenarbeit. Diese Anstrengungen sollen dazu beitragen,

eine gerechtere und stabilere Weltordnung zu erreichen.

Sicherheitspolitik – liebe Genossinnen und Genossen – darf nicht einfach gleichgesetzt werden mit militärischer Landesverteidigung. Sicherheitspolitik hat sich mit allen möglichen Formen der Bedrohung auseinanderzusetzen. Sie muss zu einer umfassenden Vorsorgepolitik werden. Die Weltlage ist nach wie vor durch Spannungen, Konflikte und wirtschaftliche Not, vor allem in der Dritten Welt, sowie durch ein hohes Rüstungsniveau gekennzeichnet. Die Schweiz ist von dieser Entwicklung nicht unmittelbar betroffen, hat aber ein grosses Interesse an allen Bemühungen, durch welche Sicherheit und Friede in Unabhängigkeit weltweit gefestigt werden.

Nicht abseits stehen

Rüstungskontrolle und Abrüstung sind ein wichtiges Mittel, um diesem Ziel näherzukommen. So stellt das zwischen den beiden Supermächten abgeschlossene INF-Abkommen den hoffnungsvollen Anfang einer neuen Entspannung dar. Diesem ersten Schritt haben weitere im Bereich der chemischen und konventionellen Bewaffnung zu folgen. Die von Generalsekretär Gorbatschow formulierten neuen Vorschläge lösten ein Überdenken der gesamten Abrüstungsstrategie aus, was wir nur begrüssen können. Die Schweiz darf bei diesen Bemühungen nicht abseits stehen. Die Sicherheit unseres Kontinentes hängt nämlich nicht nur von den Supermächten und von ihren nuklearen Arsenalen ab, sondern sie bildet eine allen Ländern gemeinsame Problematik.

Sowohl die Nato wie auch der WAPA haben in den letzten Jahren die Notwendigkeit von Verhandlungen eingesehen

und entsprechende Vorschläge unterbreitet. Es wird nun vor allem die Aufgabe der KSZE und besonders der Konferenz über konventionelle Abrüstung sein, diese Anliegen zu konkretisieren. Dieses äusserst schwierige Thema bildet momentan Gegenstand intensiver Vorbereitungsarbeiten. Selbstverständlich kann die Schweiz – mindestens in einer ersten Phase – an den die 23 Mitglieder der beiden grossen militärischen Bündnisse umfassenden Verhandlungen nicht teilnehmen. Jedoch liegt es in unserem Interesse, den Verlauf der Konferenz aufmerksam zu beobachten, ansonsten riskieren wir, vom gesamten Abrüstungsprozess ausgeschlossen zu werden. Deshalb fordern wir eine Zusammenarbeit im Plenum der KSZE und nicht nur zwischen den 23 Mitgliedern der beiden grossen Bündnisse (Nato/WAPA). Alle Mitglieder der KSZE sollten nämlich die Möglichkeit erhalten, sich an diesen Gesprächen zu beteiligen. Eine solche Koordination kann nicht nur die potentielle Vermittlerfunktion der neutralen Staaten stärken, sondern sie kann diese Länder auch dazu bewegen, ihre eigene Sicherheitspolitik zu überprüfen.

Menschenrechte und soziale Verhältnisse

Wenn wir die KSZE als das privilegierte Forum unserer Ost-West-Politik betrachten, dann ist es nicht nur deshalb, weil in ihrem Rahmen militärische Sicherheitsfragen behandelt werden, sondern weil der in Helsinki eingeleitete Prozess auch erlaubt, die uns so wichtig erscheinende Menschenrechtspolitik zu erörtern. Die Achtung der Menschenrechte ist nämlich auch eine unerlässliche Voraussetzung der nationalen und internationalen Sicherheit. Die täglichen Verletzun-

gen dieser Rechte in den verschiedensten Ländern stellen eine ständige Bedrohung für das politische Gleichgewicht der Welt dar. So wird zum Beispiel die Apartheidspolitik immer wieder zu gewalttätigen Auseinandersetzungen im südlichen Afrika führen. Deshalb interveniert die Schweiz regelmässig bei Regierungen, welche die Menschenrechte verletzen. In der Regel werden diese Proteste diskret durchgeführt, aber sie können in schweren Fällen auch öffentlich stattfinden. Diese Interventionen bilden aber nur einen Teil unserer Bemühungen zur Durchsetzung der Menschenrechte. Die Schweiz setzt sich auch im Rahmen der KSZE und des Europarates für die Achtung der Grundrechte ein – erwähnt sei nur unser Engagement zugunsten der Europäischen Konvention gegen die Folter. Ich möchte an dieser Stelle die Gelegenheit ergreifen, um Euch daran zu erinnern, dass unser Land den beiden UNO-Menschenrechtspakten von 1966 noch nicht beigetreten ist. Eine solche Ratifizierung würde unseren Einsatz zugunsten einer gerechten und friedlichen Welt noch verstärken.

Lasst mich, liebe Genossinnen und Genossen, noch etwas weiteres in aller Deutlichkeit betonen: Sicherheits- und Menschenrechtspolitik haben nur dann einen Sinn, wenn ausgewogene wirtschaftliche und soziale Verhältnisse in der internationalen Gemeinschaft herrschen. Es ist illusorisch, von Demokratie und Grundrechten zu reden, solange ganze Völker verhungern.

Der Nord-Süd-Problematik müssen wir deshalb unsere ganze Aufmerksamkeit widmen. In sicherheitspolitischer Hinsicht könnten die Spannungen innerhalb der Dritten Welt sehr schnell die Bedeutung des Ost-West-Konfliktes über-

strahlen. Die Zerstörung der traditionellen Gesellschaften und die Ausnützung der ärmsten Länder als Sondermülldeponien sind der Ursprung von Katastrophen bisher unbekannten Ausmasses. In der Zeit der sogenannten neuen Völkerwanderung darf sich die Schweiz nicht auf sich selbst zurückziehen. Gewiss, die Vorstellung von Hunderten von Millionen von Flüchtlingen, welche sich an den Toren Europas drängen, mag erschrecken, aber es ist vor allem ein Gebot der Menschlichkeit, dass sich eines der reichsten Länder der Welt für die Benachteiligten einsetzt. Die Solidarität mit der Dritten Welt ist ein wichtiger Bestandteil unserer Friedens- und Sicherheitspolitik. Zum Weltfrieden finden wir nur, wenn ein Ausgleich der sozialen und materiellen Lebensumstände zwischen den Entwicklungsländern und den Industrieländern erreicht wird oder wenn die Bewohner dieser Erde wenigstens hoffen dürfen, ohne Hunger, ohne Krieg und ohne Armut leben zu können.

Unsere humanitäre Hilfe und die Entwicklungszusammenarbeit haben zum Ziel, die sozialen und wirtschaftlichen Lebensumstände in der Dritten Welt zu verbessern. Es ist ein Beitrag, um jene Lebensbedingungen zu bewahren oder wieder herzustellen, welche es den Betroffenen erlauben, ihr Schicksal wieder in die eigene Hand zu nehmen.

Die Anpassung unserer finanziellen Mittel an den Durchschnitt der OECD-Länder, die qualitative Verbesserung der Entwicklungshilfe und eine enge Zusammenarbeit mit den privaten schweizerischen Hilfswerken sind die konkreten Mittel, welche dazu beitragen sollen, dieses Ziel zu erreichen. Zukünftig müssen sich unsere Entwicklungszusammenarbeit

und humanitäre Hilfe noch vermehrt auch auf die Wiederherstellung und Erhaltung des demographischen und ökologischen Gleichgewichtes ausrichten. Denkt man an das Konfliktpotential, welches durch das ungebremste demografische Wachstum und durch den Raubbau an den natürlichen Ressourcen entsteht, wird klar, dass die Entwicklungshilfe als Stabilitätsfaktor eine wichtige Rolle zu spielen hat und damit zur Sicherheit auf der Welt beitragen kann.

Wichtig in diesem Zusammenhang ist auch die enorme Verschuldung der Dritteweltländer. Präsident Mitterrand hat mit seiner erst kürzlich erfolgter Ankündigung von Massnahmen zur Herabsetzung der Schuldenlast diese Diskussion neu angeregt. Die wichtigster Gläubigerländer verhandeln zurzeit über Vorzugsbehandlungen für die ärmsten der armen Länder. Die Schweiz beteiligt sich an diesen Gesprächen. Mir persönlich ist es ein grosses Anliegen, dass auch die Schweiz in diesem Rahmen etwas unternimmt.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich hoffe ganz besonders, dass die Sozialdemokratische Partei der Schweiz die Bedeutung eines globalen aussenpolitischen Konzeptes wiederentdeckt. Die Begeisterung dafür, die schlimmsten Probleme der Menschheit gemeinsam lösen zu helfen, muss über die negative Analyse einzelner, begrenzter Problemkreise obsiegen. Pessimismus darf unsere neue Dynamik keineswegs in Frage stellen. Unsere Weltanschauung aufgrund unseres humanistischen Engagements zugunsten der Menschenwürde oder zur Lösung eines Konfliktes darf nicht auf die Problematik einer einzelnen Region beschränkt werden.

Wir besitzen weder die Mittel noch die menschlichen Fähig-

keiten, um alle Leiden dieser Welt zu heilen. Jedoch können wir mit den anderen Staaten dazu beitragen, bessere Bedingungen zu schaffen.

Die Schweiz und Europa

Alle aussenpolitischen Themen abzudecken in einem kurzen «tour d'horizon» ist natürlich nicht möglich. Ein Thema möchte ich aber zum Schluss noch aufgreifen, nämlich Europa.

Ich denke hier besonders an jenes Europa, das uns in unserer kulturellen Vielfalt hervorgebracht hat. An das Europa auch, das beginnt, sich sehr konkret zu bilden und das, wie es mir scheint, sich eine gemeinsame politische Zukunft geben will. Wir alle wissen, wie schwierig sich die Geburt eines Staates, einer Nation gestaltet, die auf einem gemeinsamen Willen beruht. Es brauchte glückliche geschichtliche Umstände, um die Schweiz in ihrem heutigen Zustand zu schaffen. Wir sind somit nicht berechtigt, die Integrationsbestrebungen, die jenseits unserer Grenzen stattfinden, selbstgefährlich zu betrachten. Wir müssen uns vorbereiten auf eine Europäische Gemeinschaft, selbst wenn ein sofortiger Beitritt der Schweiz zur EG nicht in Frage kommt.

Bleiben wir einen Moment bei dieser uns beschäftigenden Problematik. In der Mitte des letzten Jahrhunderts fand die moderne Schweiz zu ihrer Form, die wir auch heute noch kennen, als Antwort auf ein Europa in tiefer Umwälzung. Demokratie und Föderalismus ermöglichten unserem Land mehr als ein Jahrhundert lang eine beispiellose politische Stabilität. Diese machte es möglich, nach den Differenzen der Vergangenheit – ich denke hier zum Beispiel an die schwierigen Anfänge der Arbeiterbewe-

gung – das Gemeinwohl und den Wohlstand, den wir heute erleben, zu finden.

Neue Herausforderungen stehen am Horizont. Nicht dass wir uns blindlings auf das etwas zufällige Datum 1992 fixieren sollten. Aber die Rahmenbedingungen entwickeln sich rund um uns, mit der Einführung des Binnenmarktes. Daher scheint es mir unerlässlich, ein Inventar unserer Stärken und Schwächen zu erstellen. Europa ist nicht nur ein Verein, es ist auch eine Idee, die im neunzehnten Jahrhundert von Leuten wie Proudhon aufgenommen und in unserer Zeit von anderen, wie etwa Dennis de Rougemont, weitergedacht wurde. Europa ist selbstverständlich auch eine wirtschaftliche Realität, die sich in der EG konkretisiert hat. An uns liegt es nun, uns mit dieser Realität auseinanderzusetzen, ohne die Idee eines starken, unabhängigen und sozialen Europas zu vergessen.

Ohne zukünftige Entscheide vorwegzunehmen, können wir feststellen, dass unser staatlicher und politischer Erfahrungsschatz uns gewisse wertvolle Möglichkeiten gibt, um unsere Begegnung mit Europa zu gestalten. Die direkte Demokratie lehrt uns Verantwortlichkeit, der Föderalismus Flexibilität, und die Neutralität gibt uns geistige Unabhängigkeit. Das zukünftige Europa muss – um leben zu können – seinen Bürgern gegenüber Verantwortung, Flexibilität in seiner Vielfältigkeit und Unabhängigkeit gegenüber dem Rest der Welt zeigen. Wir haben also keinen Grund zur Ängstlichkeit gegenüber der Zukunft. Im Gegenteil, der Zeitpunkt scheint mir günstig, um unsere nationale Wesensart zu bekräftigen und letztlich vielleicht besser zu verstehen. Was immer auch kommt, die Schweiz ist europäisch und wird euro-

päisch bleiben, wie es ihre Geschichte, Geographie und Kultur vorzeichnen.

Unsere Partei wird sich deutlich zur Frage der europäischen Integration äussern müssen. Sie muss betonen, dass unsere Annäherung keineswegs nur aus egoistischen Motiven erfolgt. Wir werden bestimmt einen Teil der durch den Eingangsprozess verursachten Lasten übernehmen müssen, wenn wir günstige Abkommen zugunsten unseres politischen Systems und unserer Wirtschaft erhalten wollen.

Wir werden uns aber auch mit einem Aspekt der Integrationsproblematik beschäftigen müssen, den wir noch nicht analysiert haben und der bisher verschwiegen wurde, nämlich die Sozialpolitik. Unser Handeln, unsere Vorstellung Europas und der Schweiz in Europa bedürfen, wie Ihr seht, einer breitangelegten Diskussion und muss die Kräfte unserer Genossen und Freunde mobilisieren.

Liebe Genossinnen und Genossen, dieser kurze Überblick über die künftigen Ziele der Aussenpolitik zeigt Euch eindeutig, dass sie in Zukunft über keine revolutionäre Instrumente verfügen wird. Unsere Aussenpolitik muss jedoch aktiver und offener werden. Friedens- und Sicherheitspolitik, Menschenrechte, Entwicklungszusammenarbeit und europäische Zusammenarbeit sind für mich dabei die Schwerpunkte. Die Kontrolle unseres aussenpolitischen Handelns durch Volk und Parlament erweist sich als durchaus positiv, weil sie uns zwingt, unsere politischen Anliegen besser zu erläutern und einen in diesem Land lebenswichtigen Konsens zu erreichen. Nüchternheit ist nicht, wie viele meinen, ein Zeichen der Unfähigkeit zur Begeisterung.